

1558 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Rechtsausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 7. Juli 1976
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Volkszählungsgesetz
geändert wird

Die vorliegende Novelle zum Volkszählungsgesetz sieht die
Schaffung von Bestimmungen über die geheime Erhebung der Mut-
tersprache vor. Diese Einfügung in das Stammgesetz zieht not-
wendigerweise eine Anpassung der übrigen Bestimmungen des
Gesetzes nach sich, die aber auf den unbedingt notwendigen
Umfang beschränkt wurde, da eine Neuregelung des gesamten
Volkszählungswesens geplant ist. Vorgesehen ist ferner, daß
die Erhebung der Muttersprache auch außerhalb einer Volks-
zählung erfolgen kann, und zwar auf Grundlage der durch eine
Personenstandsaufnahme (§ 117 BAO) erhobenen Wohnbevölkerung
österreichischer Staatsbürgerschaft.

Der Rechtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in
seiner Sitzung vom 12. Juli 1976 in Verhandlung genommen und
einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen
Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Rechtsausschuß
somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 7. Juli
1976 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Volkszählungs-
gesetz geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, 1976 07 12

Käthe K a i n z
Berichterstatter

Dr. R e i c h l
Obmann